

INTERDISZIPLINÄRE TAGUNG

EINE KOOPERATION VON:
Universitätsmuseen (7. Fakultät),
Universität Graz | Centrum für
Jüdische Studien, Universität Graz |
Demokratiezentrum Wien

Demokratie – Universität – Wissenschaft

*Herausforderungen in
Gegenwart und Geschichte*

**Do. 20.11.2025
09:00–19:00**

UNIVERSITÄT GRAZ

SZ 01.18 (Hauptgebäude)
Universitätsplatz 3/1. OG, 8010 Graz

**PODIUMS
DISKUSSION**

**Demokratiepolitische
Verantwortung und
akademische Freiheit**

*Zum Verhältnis von Wissenschaft,
Politik und Gesellschaft*

18:00–19:00 Uhr

HS 01.15 (Hauptgebäude)
Universitätsplatz 3/1. OG, 8010 Graz

Für die Konzeption verantwortlich:
Stefanie Fridrik, Stefan Köchel und Gerald Lamprecht

Weiter Informationen und Kontakt:
office.cjs@uni-graz.at

0316/380-6514
stefan.koechel@uni-graz.at



universitaetsmuseen.uni-graz.at



universitaetsmuseen.uni-graz.at

demo
krate
zentrum
wien

We work for
tomorrow



Nebst der Einheit von Forschung und Lehre gilt die akademische Freiheit als Ideal einer modernen Universität. Sofern dieses Ideal in einem Begriff von Autonomie gründet, bekundet es sich in politischer Hinsicht in eins als Ideal einer modernen Demokratie. Der somit ermöglichten Identifikation der Universität mit einer nicht nur tertiären Ausbildungseinrichtung, sondern letztlich gesamtgesellschaftlichen Vorbildfunktion steht indes das Faktum einer strategischen Verwaltungspolitik gegenüber, deren außeruniversitär bedingte Wertehierarchie das Ideal der akademischen Freiheit nicht notwendig an erster Stelle rangiert. Die Reflexion des Verhältnisses von Demokratie, Universität und Wissenschaft erlaubt es folglich, sich aus den Perspektiven verschiedener Disziplinen und Arbeitsbereiche der Frage anzunehmen, wie demokratisch Universitäten unter spezifischen gesellschaftspolitischen Umständen respektive Verwerfungen tatsächlich verfasst sind und welchen Beitrag sie zur Demokratisierung der Gesellschaft tatsächlich zu leisten vermögen. Welche Rolle spielen und spielten Universitäten und Wissenschaft bei der Legitimierung oder Kritik politischer Macht ebenso wie gesellschaftlicher Verhältnisse? Wie gestaltet sich das Verhältnis von Demokratie und Wissenschaft?

PROGRAMM

20.11.2025

09:00–09:15

Begrüßung

09:15–10:30 **PANEL 1**

Ambivalenzen von Wissenschaft und Demokratie

Monika Mokre

Institut für Kulturwissenschaften der ÖAW, Wien

Ambivalente (Un)Sicherheit Universitäten als Infrastruktur der Demokratie

Britta Breser

Zentrum für Lehrer:innenbildung
Universität Wien / Institut für Geschichte,
Universität Graz

10:30–11:00 Kaffeepause

11:00–12:15 **PANEL 2**

**Vertrauen über Skepsis
Zu einem demokratiepolitischen
Potenzial der Universität**

Stefan Köchel

Universitätsmuseen, Universität Graz

**Forschung in Zwischenräumen als
demokratisierendes Moment?
Ansätze und Erfahrungen aus einer
aktivistischen Wissenschaftspraxis**

Stefanie Fridrik

Demokratiezentrum Wien, HFBK Hamburg

12:15–13:45 Mittagspause

13:45–14:30

**FÜHRUNG SONDERAUSSTELLUNG
„Demokratie erleben“**

14:30–15:45 **PANEL 3**

**Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten
Die Universität als Spiegel soziokultu-
reller Geschlechterordnungen und Ort
vergeschlechtlichter Wissensproduktion,
1880–1960**

Heidrun Zettelbauer

Institut für Geschichte, Universität Graz

**Demokratiepolitische Diskurse an
der Universität Graz nach 1945**

Marco Jandt

Centrum für Jüdische Studien,
Universität Graz

15:45–16:15 Kaffeepause

16:15–17:30 **PANEL 4**

**Die Schattenseite des Elfenbeinturms
Über Unsichtbarkeit von Rassismuskritik
im Lehramtsstudium**

Lara Kierot

Demokratiezentrum Wien

“You’re fired, Harvard!”

Wenn Demokratie zur Casting-Show wird

Stefan L. Brandt

Institut für Amerikanistik, Universität Graz

17:30–18:00 Kaffeepause

18:00–19:30 **PODIUMSDISKUSSION**

HS 01.15 (Hauptgebäude)

Universitätsplatz 3/1. OG, 8010 Graz

**DEMOKRATIEPOLITISCHE
VERANTWORTUNG UND
AKADEMISCHE FREIHEIT
Podiumsdiskussion zum Verhältnis von
Wissenschaft, Politik und Gesellschaft**

Moderation: **Stefan Köchel**

Universitätsmuseen, Universität Graz

Diskutant:innen

Stefanie Fridrik

Demokratiezentrum Wien

Daniela Grabovac

Antidiskriminierungsstelle Steiermark

Helmut Konrad

Institut für Geschichte, Universität Graz

Gerald Lamprecht

Centrum für Jüdische Studien,
Universität Graz

19:30 Buffet

MONIKA MOKRE

(Institut für Kulturwissenschaften
der ÖAW, Wien)

Ambivalenzen von Wissenschaft und Demokratie

Ziel des Vortrags ist es, Spannungsfelder und Widersprüchlichkeiten zwischen Wissenschaft und Demokratie herauszuarbeiten. Dabei wird die These vertreten, dass Wissenschaft ihr demokratisches Potenzial nur durch die Anerkennung von Ambivalenzen ausschöpfen kann.

1. **Freiheit der Wissenschaft ist ein demokratisches Grundprinzip.**

≠
Wissenschaftliche Arbeit, die aus Steuergeldern bezahlt wird, soll der Gesellschaft zugutekommen.

Daraus entsteht der Anspruch auf allgemeine Verständlichkeit wissenschaftlicher Diskurse, der einerseits legitim ist, andererseits zu verfälschenden Popularisierungen führen kann. Zugespitzt lassen sich diese beiden Aspekte als Bürger:innennähe der Wissenschaft einerseits und Wissenschaft als Teil der Kulturindustrie andererseits beschreiben.

1.1 **Gesellschaftliche Relevanz wird zunehmend mehr als ökonomischer Verwertungszwang interpretiert.**

Dadurch wird die Freiheit der Wissenschaft einer spezifischen Form von Zweckmäßigkeit (teilweise) geopfert. Von manchen Wissenschaften wird gefordert, patentfähige Erfindungen zu machen. In den GSK geht es eher um den Anspruch auf politische Verwertbarkeit, etwa in Form von Politikberatung. Dazu kommt der Zwang zu Drittmittel-

teleinwerbung in allen Wissenschaftszweigen, der insbesondere dort zu paradoxen Situation führt, wo auch Drittmittel öffentliche Gelder sind.

2. **An Wissenschaft wird der Anspruch gestellt, objektiv und politisch neutral zu sein.**

≠
Die Behauptung von Objektivität ist eine Form, Hegemonie herzustellen.

Gerade in den Sozialwissenschaften unterscheiden sich wissenschaftliche Projekte häufig in Hinblick auf ihre normativen Grundannahmen; diese beeinflussen die Wahl der Forschungsthemen und -methoden und eventuell auch die Ergebnisse. Hierbei stehen heterodoxe Wissenschaftler:innen (im Unterschied zu Wissenschaftler:innen im Mainstream) unter Legitimationsdruck. Besonders spürbar wird dieser Legitimationsdruck dann, wenn Wissenschaftler:innen zugleich politisch aktiv sind. Beispielhaft kann ich hier meine eigenen Erfahrungen in den Themenbereichen beschreiben, in denen ich auch politisch aktiv bin – Asyl, Migration und Gefängnis.

3. **Wissenschaftlichkeit dient als Immunisierungsstrategie und steht damit im Widerspruch zur Meinungsfreiheit.**

In krisenhaften Situationen, wie etwa der Covid-Pandemie wird gefordert, dass die Bürger:innen der Wissenschaft vertrauen. Diese Forderung entspricht nicht dem Leistungsprofil von Wissenschaften. Im besten Fall kann man wissenschaftlichen Methoden vertrauen, da sie nachvollziehbar sind und erlauben, dass wissenschaftliche Ergebnisse mit neuen, besseren Metho-

den oder aufgrund von Entwicklungen des Forschungsgegenstands korrigiert werden. Wissenschaftliche Methoden sind in diesem Sinne besser als nicht-wissenschaftliche Methoden. Doch erstens bedeutet dies nicht, dass wissenschaftlichen Ergebnissen unbedingt vertrauenswürdig sind und zweitens erscheint auch ein absolutes Primat wissenschaftlicher Methoden zweifelhaft und kann der Grundfreiheit der Meinungsäußerung widersprechen.

4. **Wissenschaftler:innen werden in ihren Meinungsäußerungen ernster genommen als andere Bürger:innen. Dies führt zu größerer Verantwortung, auch bei Äußerungen außerhalb des eigenen Fachgebiets.**

≠
Auch Wissenschaftler:innen haben ein Recht auf freie Meinungsäußerung.

Diese Ambivalenz wird in letzter Zeit insbesondere in Hinblick auf den Krieg in Gaza deutlich. Wissenschaftler:innen sind wegen der Äußerung politischer Positionen zu diesem Krieg mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bis zum Verlust des Arbeitsplatzes konfrontiert.

Der Vortrag kommt zu der vorsichtigen Schlussfolgerung, dass Wissenschaftler:innen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und ihres politischen Einflusses bewusst sein müssen, um die Freiheit der Wissenschaft als stets und notwendigerweise prekäre und partielle Freiheit im Sinne gesellschaftlicher Entwicklungen in Richtung eines demokratischen Horizonts zu verteidigen und weiterzuentwickeln.

Monika Mokre, ist Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin. Seit 1991 wissen-

schaftliche Mitarbeiterin an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, zuletzt am Institut für europäische Integrationsforschung. Seit 2009 Mitarbeiterin des Instituts für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der ÖAW, Lehraufträge am Institut für Kulturmanagement und Kulturwissenschaft der Universität für Musik und darstellende Kunst und an der Webster University Vienna.

BRITTA BRESER

(Zentrum für Lehrer:innenbildung
Universität Wien / Institut für Geschichte,
Universität Graz)

Ambivalente (Un)Sicherheit. Universitäten als Infrastruktur der Demokratie

Die gegenwärtige Demokratie-Krise ist speziell auch eine Krise der Infrastrukturen der Demokratie. In diesem Kontext rücken Universitäten als zentrale, ambivalent positionierte Infrastrukturen der Demokratie in den Fokus: Sie stehen aktuell vor der Herausforderung, Bildungsräume für eine Welt zu gestalten, in der epistemische Unsicherheit zur Norm geworden ist und Wissen zunehmend fragmentiert, umstritten und dynamisch verhandelt wird. Einerseits sollen sie Orientierung geben, Stabilität vermitteln und vertrauenswürdige Wissensordnungen repräsentieren. Andererseits sind sie gefordert, Offenheit für Kritik, Pluralität und Widerspruch zu ermöglichen – also jene Unsicherheiten zuzulassen, die für demokratisches Lernen konstitutiv sind.

Gerade in pluralen Gesellschaften ist Demokratie auf die produktive Auseinandersetzung mit epistemischer Unsicherheit angewiesen (Breser & Heuer, 2024). Wissen ist hier nie vollständig gesichert oder

konsensual, sondern stets das Ergebnis von Konflikten, Perspektivenvielfalt und kontinuierlicher Transformation. Zugleich beruht Demokratie auf einem grundlegenden Vertrauen in ihre institutionellen Infrastrukturen (Hartmann, 2022; Selk, 2023). Universitäten befinden sich damit in einem besonderen Spannungsfeld: Einerseits sind sie Träger und Vermittler demokratischen Wissens, andererseits fungieren sie als öffentliche Autoritäten, die zunehmend infrage gestellt werden. Als Orte kritischer Reflexion, dynamischer Wissensproduktion und zugleich institutioneller Stabilität sind sie besonders exponiert.

Diese Dynamik – zwischen Instabilität und Vertrauen, Unsicherheit und Autorität – stellt die Demokratiebildung vor grundlegende Fragen. Der Beitrag nimmt diese Ambivalenz zum Ausgangspunkt und macht (Un)Sicherheiten universitärer Bildungsprozesse als zentrale didaktische Herausforderung sichtbar. Wie lassen sich Lernprozesse gestalten, die epistemische Unsicherheit nicht nur aushalten, sondern als produktiven Bildungsraum begreifen? Wie kann demokratische Bildung in einem Umfeld gelingen, in dem sowohl die Bedingungen von Wissen als auch die Institutionen, die es vermitteln, prekär geworden sind?

Britta Breser, ist Professorin für Demokratiebildung an der Universität Wien und Lektorin für Politische Bildung/Politikdidaktik an der Universität Graz

Arbeitsschwerpunkte: Theorien und empirische Forschung zu Demokratiebildung & Lehren/Lernen im Kontext von (Ent-)Demokratisierung

STEFAN KÖCHEL

(Hans-Gross Kriminalmuseen, Universität Graz)

Vertrauen über Skepsis. Zu einem demokratiepolitischen Potenzial der Universität

Eine Möglichkeit, dem durch empirische Studien erhobenen Misstrauen von Anteilen der Bevölkerung gegenüber Wissenschaft und Demokratie entgegenzuwirken, ist die Forcierung von Wissenschaftskommunikation. Dieser Anspruch ist für sich betrachtet gleichermaßen groß wie gewagt, wenn man bedenkt, dass eine eventuell scheiternde Wissenschaftskommunikation nicht lediglich ihr Ziel verfehlt, sondern darüber hinaus bei ihren Adressaten die Wahrnehmung einer geradezu perfiden Immunisierungsstrategie zu provozieren vermag. Ein solches Scheitern demonstriert beispielweise die undifferenzierte Darstellung des erhobenen Misstrauens als einer so genannten „Wissenschaftsskepsis“. Nicht nur mit Blick auf die Auswertungen aktueller empirischer Forschung, sondern auch anhand der philosophischen und philosophiehistorischen Reflexion gilt es dem entgegen festzuhalten: Skepsis ist nicht gleich Skepsis. Mehr noch: Die undifferenzierte Denunziation von Skepsis erweist sich selbst als ein demokratiepolitisches Problem. Der Vortrag analysiert verschiedene Begriffe der Wissenschaftsskepsis und verortet ein entsprechendes demokratiepolitisches Potential der Institution Universität, deren Verantwortungsbereich sich keineswegs auf Bemühungen von Wissenschaftskommunikation reduziert, sondern idealer Weise an dem Wert der akademischen Freiheit ausrichtet.

Stefan Köchel ist promovierter Philosoph, Kustos und Kurator des Hans Gross

Kriminalmuseums der Universitätsmuseen der Universität Graz, Lektor am Institut für Philosophie der Universität Klagenfurt, Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Philosophie der Neuzeit, Psychoanalyse und Kriminologie.

STEFANIE FRIDRIK

(Demokratiezentrum Wien, HFBK Hamburg)

Forschung in Zwischenräumen als demokratisierendes Moment? Ansätze und Erfahrungen aus einer aktivistischen Wissenschaftspraxis

Wissenschaftliche Forschung im Sinne von Scholar Activism versteht sich als eine Methodik und Praxis, die Welt und Gesellschaft nicht nur analytisch interpretiert, sondern es sich dezidiert zur Aufgabe macht, in diese verändernd einzugreifen (Borras/Franco 2023). Aktivistische Wissenschaftler:innen solidarisieren sich mit Bewegungen und Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen und gestalten den Forschungsprozess in einem engen Dialog mit eben jenen Gruppen (Hale 2006). Dabei hinterfragen sie entsprechend feministischer Epistemologie und Wissenschaftskritik (Hardung 1986; Haraway 1988) nicht nur das Objektivitätspostulat, indem sie subjektives Erfahrungswissen und emotionales Bewusstsein in den Forschungsprozess einbeziehen (Mies 1978; Derickson/Routledge 2015). Sie beleuchten auch auf machtkritische Weise das Verhältnis zwischen „professionellen“ Wissenschaftler:innen und der Universität als Institution, insofern diese neoliberalen Arbeits- und Produktionslogiken folgt und damit prekäre Arbeitsverhältnisse schafft (Stephens/Bagelman 2023). Davon ausgehend handelt es sich bei Scholar Activism

auch um eine Praxis, die in institutionellen „Zwischenräumen“ stattfindet. In diesen können (Infra-)Strukturen und Ressourcen der Institution bewusst genutzt werden, um im Sinne einer „politics of resourcefulness“ (Derickson/Routledge 2015) Erkenntnis- und Wirkungsziele gleichermaßen zu verfolgen und damit handlungsfähiger zu werden (Sternfeld 2018).

In meinem Vortrag gehe ich der Frage nach, auf welchen Grundprinzipien eine aktivistische wissenschaftliche Praxis aufbaut. Dabei beziehe ich mich auf eine Praxis, die im nicht-akademischen Feld nicht nur den Forschungsgegenstand sucht, sondern auch Kollaboration und Ressourcenteilung mit Praxisakteur:innen als Formen der Wissensproduktion kultiviert. Welche Gütekriterien ergeben sich daraus für die Forschungsarbeit? Welchen Herausforderungen und Widersprüchlichkeiten müssen theoretisch wie methodologisch begegnet werden? Was bedeutet ein solcher Zugang letztlich für die konkrete praktische Umsetzung eines Forschungsvorhabens? Und inwiefern kann dieser Forschungsansatz eine demokratisierende Funktion im Kontext akademischen wissenschaftlichen Arbeitens haben?

Dies sind Fragen, die wir auch im Rahmen unserer Arbeit als Forschungsteam gemeinsam gestellt und diskutiert haben. Die Inhalte des Vortrags greifen dabei zum Teil auf unsere kollektiv erarbeiteten Ansätze zurück. Aus der Synthese unserer bisherigen Überlegungen ergeben sich wiederum Ansprüche und Leitgedanken für unsere individuellen Forschungsvorhaben. Ich schließe den Vortrag mit Einblicken in die erste Erhebungsphase meines Dissertationsprojekts zu transformativer politischer Bildung, das ich mit der Organisation

Radikale Töchter als meine Praxispartnerin durchführe. Mein Fokus liegt dabei auf der methodischen Vorgehensweise, die ich erläutern und vor dem Hintergrund wissenschaftsethischer und -praktischer Fragen zur Diskussion stellen möchte.

Für das gemeinsame Forschungsvorhaben erhalten wir 2024 das DOC-team-Stipendium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Stefanie Fridrik arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Demokratiezentrum Wien und schreibt zugleich ihre Dissertation an der Hochschule für bildende Künste Hamburg am Institut für Kunstpädagogik. In ihrer Forschung widmet sie sich Konzepten und Praktiken kritischer politischer Bildung an der Schnittstelle zu Aktionskunst bzw. künstlerischen Aktionen. Diese Schnittstelle nimmt sie vor dem Hintergrund von Theorien zu kritischer Kunstvermittlung, künstlerischem Aktivismus und agonistischer Pädagogik in den Blick.

HEIDRUN ZETTELBAUER

(Institut für Geschichte, Universität Graz)

Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten. Die Universität als Spiegel soziokultureller Geschlechterordnungen und Ort vergeschlechtlichter Wissensproduktion, 1880–1960

Die seit den 1960er Jahren an europäischen und nordamerikanischen Universitäten etablierte feministische Wissenskritik befasste sich grundlegend mit androzentrischen soziokulturellen und politischen Kontexten, Strukturen und Prozessen, in denen wissenschaftliches Wissen generiert und kanonisiert wurde/wird. Wissenschaftliche und/oder universitäre Wissensproduktion

wird dabei als „situiertes Wissen“ (Donna J. Haraway) aufgefasst und in den Blick gerückt, welche geschlechterspezifischen und intersektionalen Dimensionen Prozesse der Wissensproduktion kennzeichnen.

Dies wiederum erweist sich für eine adäquate geschichtswissenschaftliche Perspektivierung moderner Universitäten als zentral. Denn der frauen- und geschlechterhistorisch informierte Blick auf deren Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert legt nicht nur geschlechtsspezifische Ungleichheits-, Ausgrenzungs- oder Diskriminierungsmuster sowie gesellschaftlich-kulturelle Schließungsstrategien gegenüber bildungswilligen Akteurinnen offen, sondern verdeutlicht zugleich auch frauenbewegte politische Strategien der Antidiskriminierung, Aneignung und Selbstermächtigung. Dabei lässt gerade die Frage der Zugänglichkeit universitärer Bildung für Frauen, von universitären Ausbildungswegen und/oder beruflichen Karrieren im Wissenschaftsbetrieb im hier betrachteten Zeitraum eine Geschichte von Ungleichzeitigkeiten, Ambivalenzen und nicht-linearen historischen Verläufen zutage treten. Die Anstrengungen sowohl der organisierten Frauenbewegungen als auch von einzelnen Akteurinnen erhehlen zugleich eine ganze Bandbreite an Strategien, um die modernen Universitäten als geschlechteregalitären und diskriminierungsfreien Raum auszugestalten. Sichtbar werden Widerstand, Protestverhalten oder auch die Subversion hegemonialer Geschlechterordnungen, ebenso wie Muster der kulturellen Anpassung, die Unterordnung unter die oder Formen der Überaffirmation der hegemonialen und (un-)sichtbaren Regeln, Normen und Werte im soziokulturellen Feld Universität.

Vor diesem Hintergrund werfe ich in meinem Vortrag Schlaglichter auf einige ‚kritische Phasen‘ in der Geschichte der Grazer Universität vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zur ‚Bildungsrevolution‘ der 1960er Jahre, in denen geschlechtsspezifische Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten und damit eine Aushandlung des Verhältnisses von Universität, Wissensproduktion und Geschlechterdemokratie fassbar werden. Mit der Geschlechterhistorikerin Joan W. Scott gehe ich dabei von der These aus, dass die Universität in Hinblick auf demokratische Prozesse einer geschlechterbezogenen Gleichstellung und Partizipation je zeitgenössische soziokulturelle und politische Geschlechterordnungen widerspiegelt, herausfordert und/oder verändert, aber auch selbst geschlechterbezogene und auf weitere soziale Differenzkategorien bezogene Machtverhältnisse generiert.

Heidrun Zettelbauer ist Professorin für Kultur- und Geschlechtergeschichte und leitet den gleichnamigen Arbeitsbereich am Institut für Geschichte der Universität Graz. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Kultur- und Geschlechtergeschichte der Moderne und Zeitgeschichte mit Fokus auf Österreich und Zentraleuropa, Auto/Biographie, Körper, Nationalismus und Intersektionalität. Sie ist Mitglied im Editorial Board der peer-reviewed Fachzeitschriften „zeitgeschichte“ (V&R Vienna University Press) und „L’Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft“ (V&R) und leitet aktuell ein Elisabeth-List-Fellowship-Programm zum Thema „Geschlechterraume interdisziplinär erkunden“.

MARCO JANDL

(Centrum für Jüdische Studien, Universität Graz)

Demokratiepolitische Diskurse an der Universität Graz nach 1945

Nach dem Kriegsende im Mai 1945 waren mit der Wiedereröffnung der Universität Graz Fragen der Entnazifizierung und Demokratisierung einer Institution verbunden, die für die britische Besatzungsverwaltung als Hochburg des Nationalsozialismus galt. Anstatt der anfangs geforderten „Re-Education“ im Sinne einer geistigen Erneuerung nach demokratischen Prinzipien kam es vielmehr zu einem „Rückbruch“ in die Zeit vor 1938. Organisatorisch wurde das in der NS-Zeit installierte „Führerprinzip“ von der wiederhergestellten „Ordinarienuniversität“ abgelöst, in der die Entscheidungsgewalt weitgehend beim Professorenkollegium und seinen Leitungsgremien lag. Die Selbstdarstellung der Ordinarien nach 1945 als integre, geistige Elite, deren wissenschaftliche Arbeit sich fernab des politischen Geschehens abspiele, stand einer Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit als Grundvoraussetzung für eine neue demokratische Kultur im Weg.

Nach der restaurativen, vermeintlich „entpolitisierten“ Nachkriegszeit wurden ab Ende der 1960er-Jahre die sozialen Verhältnisse, autoritären Strukturen, wie auch die vorherrschenden reaktionären Geisteshaltungen an der Universität zunehmend hinterfragt. Vor allem rund um die Beschließung des Universitätsorganisationsgesetzes (UOG) 1975 kam es zu teils heftigen Debatten und Kontroversen am Grazer Campus. Die Reform, die das Ende der „Ordinarienuniversität“ besiegelte, wurde von vielen Studierenden als längst überfällige Demokratisierung der

universitären Strukturen begrüßt, von Teilen des Professorenkollegiums als „Politisierung“ der Universität und Angriff auf die akademische Autonomie abgelehnt.

Erst mit den erinnerungspolitischen Umbrüchen Ende der 1980er-Jahre in Österreich kam es an der Universität Graz zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle der Universität und ihrer Angehörigen in Zeiten von Faschismus, Nationalsozialismus und Krieg. Es veränderte sich nicht nur die Sicht auf die Universitätsgeschichte grundlegend, es bildete sich auch ein neues universitäres Selbstverständnis heraus. Die Übernahme historischer Verantwortung wurde mit einem aktiven Bekenntnis zu Demokratie, den Menschenrechten und internationaler Solidarität verbunden. Auf vielfältiger Weise wurde eine neue „corporate identity“ etabliert, die die Universität von ihrem reaktionären Image befreien sollte und bis heute fortwirkt. Anhand verschiedener Schlaglichter werden im Beitrag die Diskurse über Demokratie, Politik und Autonomie am Grazer Hochschulcampus seit 1945 diskutiert.

Marco Jandl ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für Jüdische Studien der Universität Graz. Forschungsschwerpunkte sind Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert und universitäre Erinnerungskultur, Flucht und Vertreibung jüdischer AkademikerInnen, Nationalsozialismus in der Steiermark, Digital Public History. Derzeit forscht er im Zuge eines Projekts zur Geschichte der Grazer Gerichtsmedizin im 20. Jahrhundert.

LARA KIEROT

(Demokratiezentrum Wien)

Die Schattenseite des Elfenbeinturms. Über Unsichtbarkeit von Rassismuskritik im Lehramtsstudium

Dieser Vortrag gibt in Form einer Forschungsskizze ausgewählte Einblicke in die Ergebnisse einer abgeschlossenen Dissertation, die sich mit rassismuskritischer Politischer Bildung im Lehramtsstudium Geschichte und Politische Bildung an der Universität Wien beschäftigt.

Universitäten werden oft als Orte der Aufklärung, des Wissens und der Toleranz artikuliert. Dadurch stellt sich die Frage, welche Rolle dort die Auseinandersetzung mit Rassismus einnimmt. Die ausgewählte Dissertation wurde im Arbeitsbereich Didaktik der Politischen Bildung am Zentrum für Lehrer*innenbildung der Universität Wien verfasst und untersuchte die subjektiven Vorstellungen von Lehramtsstudierenden des Unterrichtsfaches Geschichte und Politische Bildung an der Universität Wien zum Thema Rassismus. Grundlage für die Analyse waren zwei qualitative empirische Studien. Dies waren eine explorative Fragebogenstudie (N=106) zur Sondierung der thematischen Breite und eine problemzentrierte Interviewstudie nach Witzel (2000) (N=12) für tiefergehende Einzelfallanalysen, um thematische Besonderheiten unterschiedlicher Vorstellungswelten näher interpretieren zu können und so auch Zusammenhänge und Widersprüche herauszuarbeiten. Beide Studien wurden mit einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2018) ausgewertet. Die analysierten thematischen Relevanzsetzungen subjektiver Vorstellungen wurden zu überindividuellen thematischen Grundmustern verknüpft, die jeweils

rassismuskritische Reflexionsanlässe für die hochschuldidaktische Politische Bildung ausformulieren. Insgesamt ergaben sich aus der empirischen Analyse vier thematische Grundmuster, die untereinander jeweils Verbindungslinien und Anknüpfungspunkte aufzeigen. Schließlich leitete diese Dissertation ebenfalls empirisch begründet, theoretisch fundiert und reflektiert vier professionstheoretisch anschlussfähige fachdidaktische Impulse für zielgruppenspezifische Lehr- und Lernprozesse über Rassismus an der Universität Wien ab.

Lara Kierot ist Sozialwissenschaftlerin an der Universität Wien. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Subjekt- und Anwendungsorientierte Weiterentwicklung von Lehr- und Lernprozessen unter Berücksichtigung von Lernendenvoraussetzungen, Demokratiebildung, Transformative Bildung, Diversitätsorientierte und diskriminierungs- bzw. rassismuskritische Bildung und Fachspezifische Hochschuldidaktik.

STEFAN L. BRANDT

(Institut für Amerikanistik, Universität Graz)

„You’re fired, Harvard!“

Wenn Demokratie zur Casting-Show wird

Im Sommer 2025 eskaliert der Machtkampf zwischen Donald Trump und Harvard University: Die Regierung untersagt der Elite-Uni, internationale Studierende aufzunehmen. Begründung: angebliche „Unsicherheit“ – tatsächlich eine politische Vergeltungsaktion. Was sich wie ein absurdes Drehbuch liest, ist Realität: Politik als Reality-Show. Der Vortrag zeigt, wie Trump die Logik des Fernsehens – Drama, klare Rollen, Apokalypse – auf die Demokratie überträgt. Harvard wird zum „Schurken“, Studierende zu „Opfern“, Trump selbst

zum Showmaster. Doch hinter der Inszenierung steckt Ernst: Universitäten geraten ins Visier einer Regierung, die Wissenschaft kontrollieren und „de-woke-ifizieren“ will. Vizepräsident JD Vance greift dabei offen auf Richard Nixons Satz zurück: „The professors are the enemy.“ Harvard wehrt sich juristisch und transnational – unterstützt von Obama, europäischen Universitäten und über 1.900 Mitgliedern der National Academies. Doch es droht ein Brain Drain: Talente verlassen die USA, während Europa die Chance wittert. Wenn Demokratie zur Casting-Show wird, entscheidet sich an den Universitäten, wer das Drehbuch schreibt: Propaganda oder Wissenschaft.

Stefan L. Brandt ist Professor für Amerikanistik an der Universität Graz. Seine herausragende akademische Laufbahn erstreckt sich über mehrere Jahrzehnte und umfasst Forschungs- und Lehrtätigkeiten an Institutionen in Europa und Nordamerika. Neben seiner Position in Graz hatte er Gastprofessuren, Lehraufträge und Forschungsaufenthalte an der Freien Universität Berlin, der Universität Wien, der Universität Siegen, der Università Ca’ Foscari, der University of Toronto und der Harvard University inne. Als führender Wissenschaftler in den American Cultural Studies deckt Brandts Forschung ein breites Themenspektrum ab und hat bedeutende Beiträge zum Fach geleistet. Er ist Autor von vier Monografien, zuletzt *Moveable Designs, Liminal Aesthetics, and Cultural Production in America since 1772* (Palgrave, 2022), sowie Mitherausgeber von dreizehn wissenschaftlichen Sammelpublikationen – darunter akademische Anthologien und Sonderhefte von Fachzeitschriften in Print- und Digitalform.